

Marica ist ein Traum in Rot. Brasiliens Arbeiterpartei testet in der Stadt linke Utopien für die geplante Machtübernahme

[Clique aqui para ver a notícia no site](#)

Brasiliens Linke verspürt Aufwind. Ex-Präsident Lula da Silva vom Partido dos Trabalhadores will 2022 den durch die Corona-Krise angeschlagenen rechtspopulistischen Präsidenten Jair Messias Bolsonaro besiegen und den Sozialstaat ausbauen. Doch das wird teuer werden.

Luftaufnahme der zwischen Strand und Lagunen gelegenen Stadt Marica.

Marica ist ein Traum in Rot. Die Farbe ist allgegenwärtig in der zwischen Strand und Lagunen gelegenen 180 000-Einwohner-Stadt östlich von Rio de Janeiro. Rot sind die Mülleimer, die Brückengeländer, die grosszügigen Velowege, über die man mit den Leihvelos fahren kann, die rot sind wie die städtischen Busse und das städtische Kino. Die Velos, das Kino und die Busse – alles kann man kostenlos nutzen.

Umzingelt wie das Dorf von Asterix

Rot, die Farbe der linken Arbeiterpartei, des Partido dos Trabalhadores (PT), ist im Gliedstaat Rio de Janeiro selten geworden. Bei den Kommunalwahlen 2016 verlor der PT neun der zehn von ihm regierten Städte. Nur Marica blieb ihm, umzingelt von politischen Gegnern ähnlich dem «kleinen gallischen Dorf» aus den «Asterix»-Comics. Es gibt auch einen Zaubertrank, welcher den PT hier unschlagbar macht: die Royalties aus den Offshore-Feldern vor Rios Küste.

Alein im vergangenen Jahr habe die Stadt 1,8 Milliarden Reais erhalten, rund 320 Millionen Franken, erklärt Bürgermeister Fabiano Horta, so viel wie keine andere Stadt in Brasilien. Der Bürgermeister ist beliebt, 2020 wurde er mit 88 Prozent der Stimmen wiedergewählt. In seinem Büro hängt eine Karte mit den Ölfeldern. Daneben ein Bild von Che Guevara und Fidel Castro mit dem Schriftzug «Unidos por la Revolución» («Vereint für die Revolution»). Im April 2020 eröffnete Horta ein hochmodernes Spital, das er zu Ehren des argentinischen Arztes und Guerillero «Dr. Ernesto Che Guevara» benannte. Derzeit werden hier Corona-Patienten aus der Region behandelt.

Das ergiebigste Ölfeld ganz Brasiliens liege vor Marica, sagt Horta stolz. Es heisst «Lula», was Tintenfisch bedeutet. Der halbstaatliche Energiekonzern Petrobras benennt die Felder stets nach Meerestieren. Doch «Lula» ist auch der Spitzname des PT-Gründers Luiz Inácio Lula da Silva, der Brasilien von 2003 bis 2010 regiert hat. Unter ihm startete Petrobras die Offshore-Förderung. Das Öl sei Brasiliens «Reisepass» in eine bessere Zukunft, versprach der PT damals.

Das Öl als politischer Schmierstoff

Doch statt in die Zukunft brachte die enge Beziehung zu Petrobras den PT ab 2014 in den Strudel der Anti-Korruptions-Ermittlung der Operation «Lava Jato» (Waschstrasse). Die Partei soll über den Ölkonzern Milliardenbeträge für den Machterhalt verteilt haben. 2018 musste Lula wegen Korruption und Geldwäscherei ins Gefängnis. In seiner Abwesenheit gewann der Ex-Militär und Kommunistenhasser Jair Messias Bolsonaro mit dem Slogan «Unsere Fahne wird niemals rot sein» die Präsidentschaftswahl. Der PT lag am Boden, und das Ölfeld «Lula» wurde in «Tupi» umbenannt.

Seit Anfang März ist zumindest Lula, der Politiker, wieder zurück, nachdem das Oberste Gericht seine Verurteilungen aufgehoben hat. Hacker hatten 2019 von den Telefonen der Ermittler und Richter der «Lava Jato» kompromittierende Chats gestohlen, die auf einen Komplott gegen den PT und Lula hindeuten. Bei den Wahlen Ende nächsten Jahres will der 75-Jährige gegen Bolsonaro antreten. Umfragen prognostizieren derzeit seinen Sieg.

«Ich liebe Marica»: Postkartenwerbung für die rote Stadt.

«Ich liebe Marica»: Postkartenwerbung für die rote Stadt.

Der Beweis, dass Brasilien funktionieren kann

Ende Mai zeigte sich ein gutgelaunter Lula bei einer Videoschaltung mit Bürgermeister Horta anlässlich von Maricas 207. Geburtstag. Die Stadt sei der Beweis dafür, dass Brasilien doch funktionieren könne, und der PT sei verpflichtet, Marica ab sofort als Postkarte für seine Politik zu benutzen, sagte Lula. Dazu gehöre das «bürgerliche Grundeinkommen», das in der Digitalwährung Mumbuca an 43 000 Personen in Marica, rund einen Viertel der Bevölkerung, ausgezahlt werde. Mit dem Mumbuca, der im Wert eins zu eins zur Landeswährung Real steht, kann man nur in Marica bezahlen, wodurch die lokale Wirtschaft angekurbelt wird.

Das zahlte sich in Corona-Zeiten aus. Während der Pandemie wurden die Sozialbezüge noch einmal verdoppelt. Dazu kamen Corona-Hilfen für 21 000 Geschäftsleute und Mumbuca-Kredite zum Nullzins für Privathaushalte. Während landesweit die Wirtschaft unter der ersten Corona-Welle einknickte, wuchs in Marica die Zahl der Beschäftigten um 7 Prozent. Bolsonaro möge seine Minister in Marica vorbeischieken, damit sie etwas lernten, spottete Lula während der Videoschaltung.

Die ausländische Presse berichtet über die Musterstadt

Bisher ist vor allem die internationale Presse der Einladung nachgekommen. Gerade waren Fernsehteams aus Japan, Portugal und Deutschland da und berichteten über die «linke Musterstadt». Die brasilianische Presse hält sich hingegen zurück. Diese sei PT-feindlich und reduziere die Erfolge Maricas auf den Ölreichtum. Dass dahinter der politische Entschluss stehe, den Bürgern ein Minimaleinkommen zu garantieren, verstehe die Presse nicht, klagt Bürgermeister Horta.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens wird im PT seit den achtziger Jahren diskutiert. In Lulas erster Amtszeit machte der

Kongress im Jahr 2004 das Grundeinkommen zum Gesetz. Allerdings wurde es bisher nicht umgesetzt, mit der Ausnahme von Marica. Auch Lula entschied sich damals gegen das Grundeinkommen und brachte stattdessen sein Sozialprogramm «Bolsa Familia» auf den Weg, das den Fokus auf die ärmsten Familien legt und die Auszahlung der Gelder an Bedingungen wie den regelmässigen Schulbesuch der Kinder knüpft.

Corona lässt die Gesellschaften schwächeln

Angeichts der Pandemie hat die Diskussion über ein Grundeinkommen jedoch wieder Fahrt aufgenommen. «Die Pandemie hat gezeigt, dass die Gesellschaften ohne die Hilfe des Staates zusammenzubrechen drohen», sagt der brasilianische Politologe Rodrigo Prando. Die Nach-Corona-Welt werde die Regierungen dazu zwingen, die Schaffung und Verteilung von Reichtum neu zu denken. «Und Brasilien gehört nun einmal zu den Ländern mit der stärksten Konzentration von Reichtum.» Die Einführung eines Grundeinkommens bezeichnet er als «realistische Utopie»: Man zielt auf das heute als unmöglich Scheinende, um das Mögliche zu erreichen.

Weder sei ein Grundeinkommen für ganz Brasilien finanzierbar noch sei es derzeit politisch durchzusetzen, meint der Ökonom Fabio Waltenberg, der sich auf das Thema Grundeinkommen spezialisiert hat. «Aber etwas, was viel grösser als «Bolsa Familia» ist, mit einem viel grösseren Budget und ohne die vielen Einschränkungen im Hinblick darauf, wer unter welchen Bedingungen ein Anrecht darauf hat – das wird 2022 schon bei der Opposition im Wahlprogramm stehen.»

Brasilien ist nicht Dubai

Mehr als ein Eintrag im PT-Wahlprogramm dürften die üppigen Programme Maricas nach Meinung des Ökonomen Marcelo Neri vom Wissenschafts-Think-Tank Getulio Vargas Foundation jedoch nicht werden. Es sei keine gute Idee, verpflichtende Ausgaben wie ein Grundeinkommen an im Preis schwankende Güter wie Erdöl zu knüpfen, sagt Neri, der unter Lulas Nachfolgerin Dilma Rousseff als Leiter des staatlichen Wirtschaftsforschungsinstituts Ipea von 2013 bis 2015 Teil der damaligen PT-Regierung war. Zumal derzeit nicht abzusehen sei, wie lange die Weltwirtschaft angesichts des Klimawandels überhaupt noch auf Erdöl setzen werde.

Das Grundeinkommen und die Digitalwährung Mumbuca hätten Marica sicherlich durch die Krise geholfen, resümiert Neri. Und damit sei Marica das Drehbuch für eine gute Geschichte. Doch die finanzielle Situation Brasiliens sei nun einmal weniger rosig. «Marica ist nicht das typische Brasilien. Und Brasilien ist nun einmal nicht Dubai.»